

Zeitschrift: Geomatik Schweiz : Geoinformation und Landmanagement =
Géomatique Suisse : géoinformation et gestion du territoire =
Geomatica Svizzera : geoinformazione e gestione del territorio

Herausgeber: geosuisse : Schweizerischer Verband für Geomatik und
Landmanagement

Band: 101 (2003)

Heft: 12

Rubrik: Forum = Tribune

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umwälzungen im Wissenssystem der Raumentwicklung

Praxis und Wissenschaft prüfen gegenwärtig flexiblere raumordnungspolitische Konzepte, ökonomische Lenkungsinstrumente und partizipative Planungsmethoden, welche den Akteuren bessere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sollen. Mit der Veranstaltung «Wissenskooperationen für die Raumentwicklung» Forum für Wissen vom 6. November 2003 in Birmensdorf wird die Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL im Handlungsfeld der Raumentwicklung verstärkt aktiv. Sie will ihr Wissen aus der Ökosystemforschung und der Erforschung der Mensch-Umwelt-Beziehungen für die Verbesserung von Entscheidungshilfen einbringen und bei Bedarf neues Wissen im Rahmen transdisziplinärer Projekte mit Wissenschaft und Praxis erarbeiten. Folgende Umwälzungen wurden identifiziert.

Reale Schweiz entwickelt sich anders als sie wahrgenommen wird

Wirtschaft sprengt territoriale Grenzen und definiert funktionale Räume

Die Wirtschaft kümmert sich bei der Organisation der ökonomischen Entwicklung kaum mehr um politische Grenzen und Leitbilder. So konzentriert die Wirtschaft ihre Operationsbasis auf die beiden Achsen zwischen Basel und Lugano sowie zwischen Genf und St. Gallen. Die Grenzregionen im Norden, Westen und Süden des Landes sind zu Bestandteilen von Metropolitanräumen geworden, die sich ungeachtet der nationalen Grenzen ausdehnen. Die Forschung an Metropolitanregionen zeigt: Es entstehen neue funktionale Räume, neue wirtschaftliche Handlungssysteme mit eigenen Regeln, Kulturen und Abläufen. Es wächst dadurch ein «subpolitischer Raum», eine Art ökonomische Sub-Kultur, welche ohne demokratischen Auftrag eigene Steuerung betreibt. Beispielnehmend an der Europäischen Metropolregion Zürich (EMRZ) wird deshalb auch von «politics without policies» gesprochen (Behrend und Kruse 2001). Erst allmählich wird erkannt, dass da wegweisende Prozesse ohne genügend staatliche und zivilgesellschaftliche Steuerung im Gange sind.

Andererseits sieht sich die internationalisierte Wirtschaft zunehmend mit den Anforderungen einer «Glokalisierung» konfrontiert, wo globale ökonomische Marktorientierung mit einer lokalen, zivilgesellschaftlichen Einbettung zu verheiraten ist. Denn auch eine global agierende Wirtschaft verortet sich, «hits the ground at some point in its operations», wie Saskia Sassen meint. Nur was sind ihre territorial-politischen Bezugssysteme? Stadtregionen ohne institutionelle Macht oder die Kantone oder die auf Gemeindeautonomie beharrenden Kommunen?

Die Funktionsräume des einzelnen Individuums expandieren ebenfalls

Die Periurbanisierung⁴ führte in den vergangenen Jahrzehnten zu einer verstärkten Dis-

krepanz zwischen den «traditionellen» Gebietskörperschaften (Gemeinden und Kantone) und den neu entstandenen individuellen Funktionalräumen in den Agglomerationen sowie deren Umland: Wohnort, Arbeitsort, Einkaufsort, Ausbildungsort und Freizeitort decken sich räumlich immer weniger mit den Räumen des politisch-administrativen Systems.

Somit decken sich die Bürgerrechte, die sich auf den Wohnort beziehen, immer weniger mit dem Raum, den man im Alltag zwar nutzt, aber für den man sich immer weniger verantwortlich fühlt. Auch das Interesse an der Alltagslandschaft, die sich zwischen Wohnort, Arbeitsort und Einkaufsort auftut, schwindet (Buchecker 1999).

Wirklichkeit und Wahrnehmung klaffen auseinander

Trotzdem herrscht in den Köpfen immer noch das Bild einer städtischen und einer ländlichen Schweiz vor, obwohl die Grenzen dazwischen schon längst verwischt sind. Dabei lebt die Mehrheit der Bevölkerung weder in der Stadt noch auf dem Land, sondern dazwischen, in den Zwischenstädten der Agglomerationen, welche die äussere Gestalt der Schweiz nicht erst seit heute prägen.

Doch erst jetzt beginnen sich Politik und Wissenschaft mit dieser Wirklichkeit zu befassen. Ein Anzeichen dafür ist die noch junge Agglomerationspolitik. Ein weiteres Anzeichen sind neue raumplanerische und städtebauliche Impulse, wie sie jüngst von Avenir Suisse, der Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Wissenschaftlern im Buch «Stadtland Schweiz» beschrieben worden sind. Ziel dieses reich illustrierten Bandes ist es, die Augen für die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit zu öffnen. Gleichzeitig ist es ein Plädoyer dafür, neue Visionen für die Schweiz zu entwerfen, die sich nicht länger an Mythen oder Nostalgien orientieren.

Knapper werdende Ressourcen bewirken eine Leitbildrevision

Die natürlichen Ressourcen verknappen sich seit den 1950er Jahren parallel zum Bevölkerung-, Siedlungs- und Mobilitätswachstum. Die Politik hat darauf 1979 mit dem Bundesgesetz über die Raumplanung reagiert. Damit sollte ein haushälterischer Umgang mit dem Boden bewirkt und eine weitere Zersiedlung der Landschaft verhindert werden. Raumordnungspolitisch orientierte man sich – damals wie heute – am Leitbild der dezentralen Besiedlung und der darauf ausgerichteten Strategie, im ganzen Land – einschliesslich der Berg- und Randregionen – die regionalen Zentren zu stärken und sie untereinander mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zu verbinden.

Siedlungsentwicklung mit unbezahlbaren Kosten

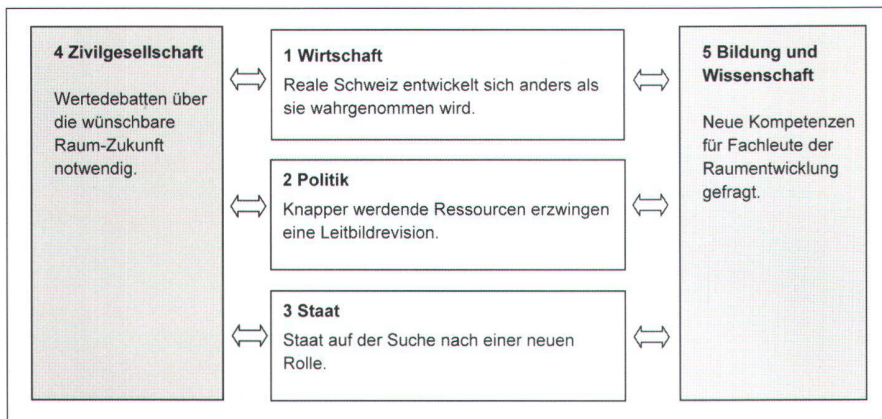
Eine Generation später muss festgestellt werden, dass sich die Hoffnungen bisher nicht erfüllt haben. Der Bodenverbrauch geht unvermindert weiter und der Infrastrukturausbau bewirkt unter dem geltenden Raumplanungsgesetz das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. Anstatt die regionalen Zentren zu stärken und die Zersiedelung der Landschaft zu stoppen, haben sich die Siedlungen entlang der Verkehrsachsen wenig gehemmt entwickeln können, nicht selten zu Lasten der Zentren. Seit sich in den letzten Jahren nun auch die finanziellen Ressourcen verknappen, gerät das herrschende raumordnungspolitische Leitbild allmählich ins Wanken. Das äussert sich in der aktuellen Diskussion um die Finanzierbarkeit der mit der realen Siedlungsentwicklung verbundenen Kosten oder auch im politischen Seilziehen um den Erhalt des «Service Public» in den Berg- und Randregionen.

Revision des raumordnungspolitischen Leitbildes

Es ist die Verknappung der finanziellen Ressourcen, die heute die Politik zu einer Revision des raumordnungspolitischen Leitbildes herausfordert. Die Politik steht vor der Aufgabe, den Raum ressourceneffizienter zu organisieren und dabei von den heutigen Realitäten und nicht von überkommenen Leitbildern auszugehen.

Der Staat auf der Suche nach einer neuen Rolle

Weniger Staat, mehr Freiheit, damit die Wachstumsschwäche der Wirtschaft überwunden werden kann, lautet für die einen die Devise. Auf dem Gebiet der Raumordnungspolitik wird



Umwälzungen im Wissenssystem der Raumentwicklung.

die Forderung nach Deregulierung erhoben, und im Vollzug sind Budgetkürzungen schon spürbar geworden. Auch die Raumwissenschaften bekommen diese Entwicklung zu spüren, wie wir später noch sehen werden.

Staatsversagen bei der Steuerung der Raumentwicklung

Gleichzeitig wird der Staat in Bezug auf seine Fähigkeit kritisiert, die Raumentwicklung im Sinne der politischen Vorgaben steuern zu können. Der ungebremste Bodenverbrauch und die weitergehende Zersiedelung der Landschaft werden von den Kritikern als Beleg für Staatsversagen angeführt, wie wir vorhin erwähnt haben. Der Staat gerät somit zwischen die Fronten. Der Vollzug der Raumplanung wird immer schwieriger.

Kooperationen als Lösungsansatz

In dieser Situation werden neue Ansätze gesucht, mit dem Ziel, die Problemlösefähigkeit der Ballungsräume einerseits und der Berg- und Randregionen andererseits zu erhöhen. Ein Blick in die Praxis staatlichen Handelns zeigt, dass vor allem neue Formen der Kooperation gesucht werden:

- einerseits zwischen bestehenden Gebietskörperschaften in vertikaler und horizontaler Richtung, wie dies neuerdings mit der Agglomerationspolitik des Bundes gefördert wird;
- andererseits zwischen Staat und Wirtschaft, wie dies auch mit der neuen Regionalpolitik des Bundes, welche die Innovationsfähigkeit in den Regionen stärken will, beabsichtigt wird.

Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft kommen heute in Stadtentwicklungsprojekten schon oft zum Tragen⁵. Auf der Suche nach «Territorial Governance», nach einer verbesserten Steuerfähigkeit auf einer regionalen

Ebene, müssen Kooperationen mit der Wirtschaft wohl noch weiter gestärkt werden. Ansonsten die Entfremdung und Loslösung des vorhin dargelegten «subpolitischen Raums» noch zunimmt. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Einerseits, dass diese institutionellen Innovationen mit der Geschichte der Schweiz und ihrem föderalen und direktdemokratischen Staatsaufbau vereinbar sind. Andererseits, dass der Begriff des «Regionalen» ein relativer und ein mehrschichtiger ist, abhängig von den Problemen und der involvierten Akteure. So wird beispielsweise die zu steuernde Agglomeration Zürich auch als «Stadt der Regionen» (Thierstein et al. 2003) bezeichnet.

Wertedebatten über die wünschbare Raum-Zukunft sind notwendig

Die bestehenden Leitbilder und Steuerungsinstrumente taugen nicht mehr, um die Nachhaltigkeit der Nutzung der Lebensräume auf schweizerischem Gebiet zu ermöglichen. Dies vor allem deshalb, weil die Raumnutzung durch Siedlung, Verkehr, Erholung sowie durch Land- und Waldwirtschaft, um nur die wichtigsten Nutzungstypen zu nennen, zunehmend den Kräften einer globalisierten Wirtschaft gehorcht.

Allerdings wird sich die Wirtschaft, wie bereits erwähnt, in neuester Zeit allmählich bewusst, dass sie internationale Wettbewerbsfähigkeit nur durch eine zivilgesellschaftliche Einbettung in lokalisierte Entscheidungs- und Produktionssysteme langfristig sichern kann. Das muss derzeit die Luftverkehrsindustrie und mit ihr die gesamte Schweizer Wirtschaft in der Zürcher Flughafenregion schmerzhaft erfahren. Man könnte aber auch die Probleme der Gentech-Industrie nennen, in der europäischen Ernährungswirtschaft Fuss zu fassen.

Wirtschaft, Politik und Staat, die wichtigsten Akteure der Raumentwicklung, kommen also

nicht umhin, sich in Zukunft der Raumentwicklung als einer gemeinsamen Aufgabe zu stellen. Sie werden dies allerdings auf eine andere Weise als bis anhin tun. Sie suchen vermehrt die Kooperation auf einer «regionalen» Ebene, um die Probleme der Ballungsräume auf der einen Seite und die Probleme der Berg- und Randregionen auf der anderen Seite anzugehen.

Kein Konsens über wünschbare Zukunft

Spätestens dann werden diese Akteure aber feststellen, dass sich in der Zwischenzeit noch etwas Grundlegendes verändert hat, nämlich die Gesellschaft selbst. Ihre Grundwerte sind erschüttert. Der Konsens über eine wünschbare Zukunft – wie er noch in den 1960er Jahren auch von den Raumplanern zu spüren war – ist abhanden gekommen. Eine am Konsens orientierte Politik ist daher auch in der Schweiz an ihre Grenzen gestossen. Es fragt sich, welche Wirkung in dieser Situation das Konzept der «Nachhaltigen Entwicklung» entfalten kann. Wenn dieses Konzept nicht als technokratisches Zukunftsbild missverstanden wird, sondern als ethisches und regulatives Grundgerüst, das sowohl im Grossen als auch im Kleinen zu einer sowohl ausgewogeneren als auch zukunftsfähigen Interessenabwägung beitragen kann, sind wir mit Thomas Schneider durchaus vorsichtig optimistisch.

Bisherige Erkenntnisse der Nachhaltigkeitsforschung

Interessant sind dabei die Erkenntnisse aus der Nachhaltigkeitsforschung, die in der Schweiz durch das Schwerpunktprogramm Umwelt von 1992–2002 wichtige Impulse erhalten hat (Häberli et al. 2002). Der heutige Wissensstand legt nahe, dass für eine nachhaltige Entwicklung weniger neue Leitbilder, als vielmehr institutionelle Innovationen notwendig sind. Anders gesagt: Es ist weniger wichtig zu wissen, was generell unter einer nachhaltigen Entwicklung zu verstehen ist, als zu wissen, wie sich die Parteien in einer Konfliktsituation darauf verständigen können, ihre Situation zu beurteilen und zu verbessern. Als Beispiele für das Ausloten horizontaler und vertikaler Zusammenarbeit können die so genannten «Modellvorhaben» innerhalb der angelaufenen Agglomerationspolitik des Bundes angeführt werden.

Das wird in der konkreten Situation meistens jedoch nicht ohne Wertedebatte über eine wünschbare Zukunft möglich sein. Solche Wertedebatten auf eine respektvolle Weise führen können, welche die unterschiedlichen Wertvorstellungen, Wahrnehmungen und In-

teressen der Beteiligten berücksichtigen, dürfte die eigentliche Herausforderung für alle Beteiligten sein.

Die Hoffnungen ruhen also nicht länger auf einem Staat, der die Akteure mit Geboten und Verboten auf ein Planungsziel hin lenkt, sondern auf einem Staat, der die Akteure der Raumentwicklung befähigt, ihre Verantwortung durch Verhandeln im oben umrissenen Sinne wahrzunehmen. Dazu brauchen diese sowohl Freiräume als auch demokratisch festgelegte Spielregeln, sachgerechte Grundlagen sowie geeignete Anreize, Methoden und Instrumente, die sie für den Aufbau der für sie zweckmässigen institutionellen Arrangements benötigen (Minsch et al. 1998; Roux und Heeb 2002). So gesehen steht die vorhin erwähnte Suche nach neuen Kooperationsformen durchaus im Einklang mit den bisherigen Erkenntnissen der Nachhaltigkeitsforschung.

Neue Kompetenzen für Fachleute in der Raumentwicklung

Ein wichtiger – bisher noch nicht genannter Akteur – für die Entwicklung und Vermittlung neuer Handlungsstrategien und Handlungskompetenzen ist die Wissenschaft und das Bildungswesen. Doch ausgerechnet jetzt, wo grosse Veränderungen in den Handlungsfeldern der Raumentwicklung stattfinden, befinden sich die Raumwissenschaften in einer schwierigen Lage.

An den Universitäten und im ETH-Bereich haben die Raumwissenschaften in den letzten Jahren an Boden verloren. Und auch die Prognosen sehen nicht gut aus (Berset und Crevoisier 2001). Zahlreiche Professuren werden in den nächsten Jahren nicht mehr erneuert. Diese Ausdünnung wird zu einem geringeren Output in Forschung und Lehre führen, was sich auch international gesehen negativ auf die Bedeutung der Raumwissenschaften in der Schweiz auswirken wird; all dies bei gesteigerter Nachfrage. Schon heute zeichnet sich ab, dass die Fachleute der Raumentwicklung zunehmend im Ausland rekrutiert werden müssen.

Dieser schleichende Abbau der Raumwissenschaften in der Schweiz hat die betroffenen Fachleute alarmiert und den Bundesrat im Leistungsauftrag an den ETH-Bereich bewogen, Gegensteuer zu geben. Noch besteht jedoch keine gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung für den Raum, weder in der Wissenschaft, noch in der Praxis. Noch präsentiert sich das Bild einer verzettelten und zuwenig abgestimmten Aufgabenerfüllung.

Ob die neuen Initiativen, die im ETH-Bereich seit dem letzten Jahr ergriffen wurden – wir

Raumentwicklung als Veränderung der Raumnutzung

Die Raumnutzung beeinflusst die Qualität der natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen der Schweiz. Dementsprechend nehmen die räumlichen Prozesse in der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrates auch eine zentrale Position ein¹. Die Frage nach den geeigneten Anreizen, Institutionen und Instrumenten, um die Raumnutzung gezielt beeinflussen zu können, ist daher für die Umsetzung der Nachhaltigkeitspostulate, wie sie Thomas Schneider (siehe Fachartikel S. 656) vorgestellt hat, von zentraler Bedeutung. Unter dem Oberbegriff Raumentwicklung fassen wir die Handlungsfelder der Raumordnungspolitik, der Raumplanung und der Regionalentwicklung zusammen.

Wissenssystem der Raumentwicklung

Darunter verstehen wir ein offenes soziales System, das von den Austauschbeziehungen seiner Mitglieder lebt. Das sind die Akteure in Wirtschaft, Politik und Staat sowie flankierend auch die Akteure in Zivilgesellschaft, Kultur, Bildung und Wissenschaft. In ihrer Art untereinander zu kommunizieren und zu interagieren, bilden und prägen sie das Wissenssystem² der Raumentwicklung, mit seinen Qualitäten, wie beispielsweise der Fähigkeit, auf Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Wir stützen uns mit diesem Verständnis auf den Gesellschaftstheoretiker Anthony Giddens. Der versteht unter einem sozialen System die Wechselwirkungen zwischen Handeln und Struktur. Und mit Struktur meint der Soziologe unter anderem die in einem bestimmten sozialen System vorherrschenden Regeln, Machtverhältnisse, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. Dieses Verständnis ist recht optimistisch in Bezug auf die Frage, ob sich soziale Systeme überhaupt beeinflussen lassen. Giddens meint «ja», wenn es einem Akteur gelingt, durch neues Handeln die im System vorherrschenden Denkmuster und Regeln soweit in Frage zu stellen, dass dadurch auch für andere Mitglieder des Systems plötzlich neue Handlungsspielräume eröffnet werden. In dieser Wechselwirkung zwischen Handlung und Struktur können sich soziale Systeme in wichtigen Merkmalen verändern, was eben notwendig sein kann, um erfolgreich auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Wir heben hier an unserem «Forum für Wissen» ein besonderes Merkmal heraus, nämlich die Fähigkeit, das Wissen unter den Akteuren der Raumentwicklung bei Bedarf weiterzuentwickeln und so die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.

Umwälzungen

Damit ist auch schon angedeutet, was wir mit Umwälzungen meinen. Sie stehen in direktem Zusammenhang mit Veränderungen im Handeln einflussreicher Akteure, die auch strukturelle Veränderungen bewirken und somit – in unserem Fall – das Wissenssystem der Raumentwicklung verändern.

Herleitung der Thesen

Die Grundlagen für die Identifizierung und Formulierung der wichtigsten Umwälzungen im Sinne von grundlegend neuen Handlungsweisen der Schlüsselakteure der Raumentwicklung lieferten uns einerseits Gespräche mit Insidern, also mit Kennern des Wissenssystems in der Schweiz, das wir betrachten. Dazu führten wir im Juli einen Workshop mit elf Vertretern³ aus unterschiedlichen Bereichen durch. Andererseits konsultierten wir dazu auch die aktuellen Publikationen der wichtigsten Akteure zur Thematik, die uns hier interessiert.

denken dabei beispielsweise an die Umstrukturierung des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH Zürich zum Netzwerk Stadt und Landschaft (NSL) und die Lancierung des Forschungsprogramms «Landschaft im Ballungsraum» als Innovations- und Kooperationsprojekt – schon den Weg aus der Krise bedeuten, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

Stellvertretend für die gesamte Situation in der Schweiz, halten die Schweizer Städte und die

Vereinigung für Landesplanung (VLP) in einer Stellungnahme vom März 2003 zur Entwicklung von Lehre und Forschung in Stadt- und Raumplanung an der ETH Zürich fest, dass in der Schweiz neue Kompetenzen in der interdisziplinären Raumplanung dringend benötigt werden. Hervorgehoben werden die Kommunikationsfähigkeit, das Erfassen unterschiedlicher Wahrnehmungsebenen der Interessen, eine kybernetische Denkweise und das prozessorientierte Handeln. Und zu den Werk-

zeugen sollte vorrangig das Wissen über Prozessmanagement, Mediation, Konfliktregelung gehören, wie auch innovations- und kreativitätsfördernde Arbeitsmethoden.

Schlussfolgerungen

Wissenschaft und Praxis sollten gemeinsam die Verantwortung für die Raumentwicklung in der Schweiz übernehmen und sich auf folgende Ziele verständigen:

- Aufbau eines Kompetenzverbundes für eine multiperspektivische und transdisziplinäre Raumentwicklung,
- die sich als sozialer Aushandlungsprozess zwischen den raumprägenden Akteuren versteht,
- ausgehend von einem reflektierten Verständnis der Realität und den darin wirkenden Kräften,
- orientiert am politischen Willen, den Raum nachhaltig zu nutzen.

Dieser Kompetenzverbund besteht heute sicher schon in Ansätzen. Doch ist noch unklar, wer genau dazu gehören will und mit welchen Fähigkeiten sich die Akteure aus Wissenschaft und Praxis einbringen wollen. Für den Erfolg wird wichtig sein, eine gegenseitig anerkennende Arbeitsteilung zu finden, statt sich in Abgrenzung zu erschöpfen. Es braucht unseres Erachtens eine «Good Governance» im Wissenssystem der Raumentwicklung, damit es zu einer Verbesserung der «Territorial Governance» kommen kann, also zum Aufbau neuer institutioneller Arrangements und Fähigkeiten für die Steuerung der Raumentwicklung.

Sie können sich heute Nachmittag in den Ateliers ein Bild davon machen, an welchen Problemstellungen heute in Wissenschaft und Praxis gearbeitet wird und welche Kooperationen dabei eingegangen werden. Viele dieser Projekte werden ermöglicht durch das SNF-Programm «Landschaften und Lebensräume der Alpen», durch das WSL-Programm «Landschaft im Ballungsraum» sowie durch das NSL-Programm «Zukunft Urbaner Kulturlandschaften».

Diese Initiativen sind sicher noch besser aufeinander abzustimmen und zu ergänzen. Entscheidende Bedeutung für die Praxis kommt dabei auch der universitären Grundausbildung sowie der permanenten Wissensvermittlung via Fachgesellschaften, Weiterbildungsangeboten und Fachzeitschriften zu. Auch dies wird in einem der Ateliers ein Thema sein.

Anmerkungen:

¹ Die Raumentwicklung wird in der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» des Bundesrates als eines von zehn Handlungsfeldern aufgeführt und mit dem Massnahmenprogramm «Nachhaltige Raumplanung» und der «Neuen Strategie Regionalentwicklung» konkretisiert.

² Der Begriff des «Wissenssystems» geht auf Havelock (1969) zurück, der in seiner Innovationsforschung davon ausgeht, dass sich die Entwicklung und der Transfer von Wissen nicht in einem linearen Prozess vollziehen, sondern einen intensiven Austausch zwischen den Akteuren in Wissenschaft, Entwicklung, Bildung und Praxis der Wissensanwendung voraussetzen. Dementsprechend gilt das vormalig vorherrschende lineare «Transfer of Technology»-Modell – und der damit verknüpfte «Adoptions & Diffusions»-Ansatz – heute als überholt (vgl. Roux 1997:31f). Diese Erkenntnis blieb nicht ohne Wirkung für die Wissenschaft; sie zeigte schon früh den Weg zur transdisziplinären Arbeitsweise, mit der allerdings erst in den letzten Jahren ernsthaft Erfahrungen gesammelt werden (vgl. Thompson Klein et al. 2001).

³ Beteiligte Akteure: Angelus Eisinger, Lukas Bühlmann, Pia Kläy, Josef Sauter, Thomas Schneider, Remo Steinmetz, Werner Spillmann, Erwin Stucki, Alain Thierstein, Silvia Tobias, Georg Tobler

⁴ Der Begriff umschreibt die weiträumige Zersiedlung an den Rändern der Ballungsräume. Periurbane Räume waren bis in die 1970er Jahre noch weitgehend ländliche Ge-

meinden, welche in der Folge insbesondere durch den Zugang von Familien der Mittelklasse zum Hauserwerb und dem sich dadurch ausbreitenden Einfamilienhausbau baulich und sozial tief greifend umgestaltet wurden (vgl. René L. Frey in: Eisinger und Schneider [Hrsg.] 2003:76).

⁵ Z.B. im Rahmen der Strategie für eine Agglomerationspolitik oder im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie sie von der Stadt Basel betrieben wird, und zwar in Zusammenarbeit mit «novatlantis», einer wichtigen Plattform für Nachhaltigkeit im ETH-Bereich.

Thomas Held, Ruth Förster, Netzwerk Stadt und Landschaft, ETH Zürich

Michel Roux, Programm «Landschaft im Ballungsraum», Eidg. Forschungsanstalt WSL

VSVF-Zentralsekretariat: Secrétariat central ASPM: Segreteria centrale ASTC:



Schlichtungsstelle
Office de conciliation
Ufficio di conciliazione
Flühlistrasse 30 B
3612 Steffisburg
Telefon 033 438 14 62
Telefax 033 438 14 64
www.vsvf.ch

Stellenvermittlung

Auskunft und Anmeldung:

Service de placement

pour tous renseignements:

Servizio di collocamento

per informazioni e annunci:

Alex Meyer
Rigiweg 3, 8604 Volketswil
Telefon 01 908 33 28 G

Wandeln Sie Ihr INTERLIS-Datenmodell in ein UML-Diagramm. Oder umgekehrt. Software herunterladen, testen.

Ihr Datenmodell als Diagramm!



EISENHUT INFORMATIK

Rosenweg 14 • CH-3303 Jegenstorf • Tel 031 762 06 62 • Fax 031 762 06 64 • <http://www.eisenhutinformatik.ch>